

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h. A. Auer
Verlags- und Druckerei
Auer, Erzgebirge
Königsplatz
Telefon Nr. 22

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 6.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 16.00 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsnehmer und Abnehmer, sowie alle Behörden und Briefträger nehmen Zahlungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Rubrikpreise sind in der Rubrik angegeben. Die Rubrikpreise sind in der Rubrik angegeben. Die Rubrikpreise sind in der Rubrik angegeben.

Nr. 163.

Freitag, den 15. Juli 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Dem Tempel zufolge wurde der vom belgischer Reichsgericht freigesprochen General Stenger auf die zweite französische Liste gesetzt für die Frankreich die Rechtsprechung durch französische Gerichte vorbereitet.

In der nächsten Sitzung des Obersten Rates will Frankreich neue Sanktionen wegen der belgischer Prozesse verlangen.

Seit der Wiedereröffnung des Eisenbahnverkehrs in Oberschlesien haben über 40 000 Personen Oberschlesien verlassen, um in das Innere Deutschlands abzuwandern.

Präsident Harding hat im Senat mitgeteilt, daß die Abrüstungskonferenz die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland nicht verzögern wird.

Die deutsch-französischen Besprechungen sind in den Hauptpunkten zu einem vorläufigen Abschluß gelangt.

Demokratie und Schule.

Der Schulausschuß der D.D.P. hat in Gemeinschaft mit dem demokratischen Abgeordneten des Reichstages und des Preussischen Landtages, sowie mit Vertretern des Kulturausschusses der D.D.P. und des Reichsausschusses der demokratischen Kirchenfreunde für die Stellung der D.D.P. zur Reichsschulgesetzgebung folgende Richtlinien beschlossen: Dem durch Krieg und Not erschütterten deutschen Volk ist innere Einheit wichtiger denn je. Die D.D.P. hat deshalb dafür gekämpft, daß durch die Reichsverfassung eine nationale Schule geschaffen werde. Die eine nationale Einheitschule ist und bleibt das Ideal der D.D.P., wenn sie es auch in der Verfassung nicht verwirklichen konnte. Auf dem Boden der Verfassung strebt die D.D.P. diesem Ziele zu in der Gemeinschaftsschule, die in der Grundbestimmung der Verfassung (Artikel 146 Abs. 1) als die regelmäßige deutsche Schulform festgesetzt ist. Die Gemeinschaftsschule der Verfassung vereint alle Kinder des Volkes ohne Rücksicht auf Stand und Bekenntnis der Eltern. Betragen von deutschem Idealismus erzieht sie zu sittlicher Festigung, schöpferischer Tätigkeit und staatsbürgerlicher Bestimmung. Ihre Arbeit ruht in allen Fächern auf der unteilbaren Einheit unseres gesamten nationalen Kulturraumes. Deshalb macht die Gemeinschaftsschule auch in ihrer gesamten Erziehung die starken religiösen Kräfte und Werte unserer einheitslichen Kultur lebendig und erteilt aus dieser inneren Notwendigkeit heraus Religionen unterrichtet im Sinne der Verfassung. Sie folgt damit dem Vorbild der bisherigen Simultanschule und der simultan aufgebauten höheren Schule, ohne zu Religionsunterricht oder kirchlichen Handlungen Lehrer und Schüler zu zwingen. Die Gemeinschaftsschule der Verfassung ist als soziale und nationale Einheitschule und als Schule der Duldsamkeit und der Gewissensfreiheit besonders geeignet, die Einheit der deutschen Volksgemeinschaft zu pflegen und zu vertiefen. Sie ist die einzige Schule, deren Besuch für alle Kinder des Volkes angeordnet werden kann, ohne auf Bekenntnistreue oder auf brenntnisfreie Eltern einen Gewissenszwang auszuüben. Aus diesem Grundcharakter der Gemeinschaftsschule ergibt sich mit innerer Notwendigkeit die ihr in der Reichsverfassung angewiesene Stellung als Regelschule, als Schule der allgemeinen Schulpflicht.

Der Reichsschulgesetzentwurf wird weder diesem ihrem inneren Charakter gerecht, noch wahrt er ihre Stellung als Grundlage unseres gesamten Schulwesens. Entgegen der Reichsverfassung legt er durch sein ganzes Verfahren die Gemeinschaftsschule tatsächlich hinter den Sonderschulen zurück. Insbesondere dadurch, daß er Sonderschulen ohne Antrag und Anmeldung ermöglicht, Gemeinschaftsschulen dagegen an ausdrückliche Anmeldung bindet, macht er für weite Teile Deutschlands die Ausnahme zur Regel und die Regel zur Ausnahme. Dadurch trägt er einen unheilvollen, sich immer wiederholenden Kulturkampf in die Gemeinden hinein, paletet die deutsche Volksgemeinschaft bis in die tiefste Wurzel und bringt eine Herabsetzung unserer Volksschule hervor, die gleichzeitig ihre Kosten erhöhen und ihre Leistungsfähigkeit herabsetzen muß. Die Deutsche Demokratische Partei arbeitet im Sinne ihrer Grundzüge mit an dem Gesetz zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung. Gestützt auf Wortlaut und Geist der Verfassung stellt sie dabei folgende Forderungen:

1. Die Gemeinschaftsschule ist die normale deutsche Volksschule. Sie ist als Regelschule zweifelsfrei festzulegen. Sie tritt mit Erlaß des Gesetzes für alle Schulgemeinden in Wirksamkeit.
2. Die Gemeinschaftsschule ist im Reichsschulgesetz nach den ausgeführten Grundzügen in ihrem inneren Wesen deutlich zu charakterisieren. Sie muß als Fortsetzung der bisherigen Simultanschule klar in Erscheinung treten.
3. Sonderschulen (Bekenntnisschulen und be-

kenntnisfreie Schulen) sind nur auf besonderen Antrag der Erziehungsberechtigten in den Grenzen der Verfassung zuzulassen.

4. Der Einheitschulgedanke hat den Sonderchulwünschen immer in so weit vorzugehen, daß die Sonderschulen das Schulfeld der Gemeinde nicht geskizzieren und keinen Aufbau und seine Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigen dürfen.

Ein Erfolg der Pariser Verhandlungen.

Vor einem wichtigen Wirtschaftsabkommen mit Frankreich. Wie Petit Parisien mitteilt, haben die am 11. Juli unter Vorsitz Douglours aufgenommen deutsch-französischen Verhandlungen mit Bergmann und Dr. Suggenheimer zu einem wichtigen Uebereinkommen geführt. Dieses Uebereinkommen wird jedoch erst dann endgültig sein, wenn der in den nächsten Stunden auszuarbeitende Bericht die Billigung der beiden Regierungen finden wird. Ueber die großen Linien der getroffenen Vereinbarungen wird folgendes ausgeführt: Wenn Frankreich geneigt ist, deutsche Waren anzunehmen, mußte man ihm andererseits gewisse Zahlungsverleichterungen einräumen. Weiterhin müßten die Preise vorteilhafter sein, als für die unlängst von Deutschland angebotenen Holzhäuser. Um diese verschiedenen Schwierigkeiten zu lösen scheint man sich im beiderseitigen Einverständnis auf einen Organisationsplan geeinigt zu haben, der im wesentlichen darin besteht, die französischen Käufer in unmittelbare Verbindung mit den deutschen Verkäufer zu bringen. Die Zahlungen würden durch die Vermittlung eines oder mehrerer zwischen den Staaten ins Leben zu rufender Agenten erfolgen, denen die französischen Käufer als Anzahlung Entschädigungszeugnisse übergeben würden. Das Amt übernimmt es dann, den deutschen Verkäufer in Mark zu bezahlen. Dieses System, das bereits bei der Brüsseler Konferenz ins Auge gefaßt wurde, führt die Einmischung des Staates auf ein Minimum zurück und gestattet gleichzeitig, den Wiedergutmachungen die Beweglichkeit des bei Bestellungen zwischen Industriellen üblichen Verfahrens zu geben. Ferner soll durch Schließung des Loches im Westen die Kontrolle der Einfuhrgenehmigungen nach dem Abseind, die sich bis jetzt allein in den Händen der Interalliierten Kommission befindet, zusammen mit der deutschen Regierung ausgeübt werden.

Die Provokation des französischen Ministerpräsidenten.

Die Rede des Reichsjustizministers Schiffer die als Kundgebung der Reichsregierung und nicht als persönlicher Akt des Ministers aufgefaßt wird, hat in Pariser politischen Kreisen große Verwunderung hervorgerufen, namentlich auch die Tatsache, daß der Minister die gesamten ausländischen Pressevertreter durch Hörsprecher einließ, um dann Auseinandersetzungen zu machen, die zum mindesten die ausländischen Journalisten nicht freudig beschreiben konnten. Es wird daraus der Schluß gezogen, daß es auf eine Provokation des französischen Ministerpräsidenten abgesehen war, und man weist darauf hin, daß seit der Rede des deutschen Reichskanzlers im Breslau eine erhebliche Umkehrung im Geiste des Kabinetts eingetreten sei. Die Rede des Justizministers Schiffer bestätigt den Eindruck, daß das Kabinett mehr und mehr dem Nationalismus der Rechtsparteien verfallt und in seiner Position von seiner ursprünglichen Dinte abgetrieben werde.

Amerika und wir.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune ist Ende dieser Woche ein Schritt des Präsidenten Harding zu erwarten, durch den die amerikanischen Beziehungen zu Deutschland näher bestimmt werden sollen. Tatsächlich ist ja die Lage im Augenblick so, daß zwar durch die amerikanische Friedensentscheidung, nachdem sie durch Harding unterzeichnet worden ist, der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland offiziell beendet ist, daß aber andererseits bislang nichts geschehen ist, um einen regulären Friedenszustand herbeizuführen. In offiziellen amerikanischen Kreisen vertrat man bislang allerdings die Auffassung, daß mit der Annahme der Friedensentscheidung auch der Kriegszustand mit Deutschland ohne weiteres beendet sei. Man begründete diese Anschauung damit, daß zwar Amerika Deutschland den Krieg erklärt habe, daß aber eine deutsche Kriegserklärung an Amerika nicht vorliege. So hat denn Harding bislang nichts zur Herbeiführung einer der amerikanischen Friedensentscheidung entsprechenden deutschen Verlautbarung getan. Nun scheinen in Amerika selbst Zweifel aufgetaucht zu sein, ob der bislang vertretene Standpunkt weiter aufrecht erhalten werden kann, und man darf daher dem Schritte Harding wohl mit Spannung entgegensehen. Allerdings wird man nicht verkennen können, daß die endgültige Regelung naturgemäß sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Amerikanische Zeitungen rechnen heute schon damit, daß der Frieden mit Deutschland nicht vor Ende dieses Jahres abgeschlossen werden wird. Bei den

Verhandlungen mit Deutschland sind ja auch so wichtige Materien zu regeln, daß mit einer langen Verhandlungsdauer unter allen Umständen gerechnet werden muß. Es kommt hinzu, daß man sich in Amerika selbst anscheinend noch nicht einmal klar darüber geworden ist, auf welcher Grundlage der Frieden aufzubauen werden soll. So weit sich die Dinge jetzt übersehen lassen, scheint man von dem Gedanken an den Abschluß eines Handelsabkommens abgesehen zu sein; man will auch keinen neuen Vertrag, sondern die meiste Aussicht auf Annahme hat wohl der von dem Staatssekretär Hughes vertretene Plan, den Versailler Vertrag zugrunde zu legen. Ihn aber durch allerlei amerikanische Vorbehalte einzuschränken. Im wesentlichen behält der Entwurf aber jedenfalls die für Deutschland wichtigsten Bestimmungen bei, so die Bestimmungen über den Prozeß gegen den ehemaligen Kaiser und die anderen Kriegsverurteilten sowie sämtliche Bestimmungen über die Reparationen.

Unverkennbar wird die Klärung der rechtlichen Verhältnisse natürlich günstig auf den Fortgang der privaten Geschäfte einwirken. Gestern bereits ist in Berlin eine aus Vertretern der amerikanischen Großfinanz bestehende Kommission eingetroffen, die über die deutschen Verhältnisse sich informieren soll und sich auch besonders mit der Frage der Stabilisierung des deutschen Wäluta befaßt wird. Trotzdem wird man gut tun, nun nicht wieder, wie schon einmal, alle Hoffnungen auf Amerika zu setzen. Nach dem Urteil aller Sachkenner ist mit der Unterbringung großer Wälutaanleihen in Amerika nicht zu rechnen und auch der Wareneport wird zunächst darunter zu leiden haben, daß durch die wirtschaftliche Krise, die zu einer Ueberfüllung aller Lager führte, der amerikanische Markt im Augenblick nicht sehr aufnahmefähig ist. So erwünscht uns auch der Abschluß des Friedens mit Amerika sein muß, so sind und bleiben wir doch auf unsere eigene Kraft angewiesen.

Amerikanische Wirtschaftler in Berlin.

Nach Studium der deutschen Wirtschaftsverhältnisse ist im Auftrage der amerikanischen Zentralhandelskammer eine Reihe von amerikanischen Finanz- und Geschäftseuten in Berlin eingetroffen. Die Abordnung, die gestern aus Frankfurt ankam, steht unter Führung des Bostoner Großkaufmanns und des Handelskammerpräsidenten Hylene. Ferner gehören ihr an der Vorstehende der Handelskammer von Chicago Rechtsanwalt Deftrees, James J. Douglas, der Direktor großer Eisenbahngesellschaften ist, und der Chicagoer Großkaufmann Robert B. Lamont sowie die Herren John D. Cahoy, Leiter der Associated Press in Massachusetts und Joseph D' Connor, die beide Mitglieder der Bostoner Handelskammer sind. Im Laufe des heutigen Tages trifft der New Yorker Bankier Bernard Baruch, der in Paris bei den Friedensverhandlungen Wilsons Hauptberater für Finanzangelegenheiten war, in Berlin ein. In seiner Begleitung befindet sich der Sohn des bekannten New Yorker Reichtums magnaten Joseph Pulitzer. Die Anwesenheit dieser Herren steht in keinem Zusammenhang mit der Mission der Handelskammerabordnung.

In ausländischer Stelle legt man Wert auf die Feststellung, daß die amerikanische Kommission, die in Berlin weilt, durchaus als Studienkommission zu betrachten ist. Die feineren amtliche Luftspe oder Polymachen besitzt. Kombinationen über Kapital- und Kreditverhandlungen, die sich an die Anwesenheit der genannten Kommission knüpfen, müssen daher unter allen Umständen als verfrüht bezeichnet werden.

Englands Furcht vor der deutschen Ultimatumserfüllung.

W. W. Auf der britischen Insel mehrt sich der Chor der Einsichtigen, denen Angst wird vor der eigenen Bereitschaft die Deutschland zur Annahme des unangenehmen Ultimatum vom 5. Mai zwang. Bezeichnende Ausführungen in dieser Richtung finden sich in der Morning Post, die in einem Aufsatz Deutschland an der Zeit kürzlich u. a. folgendes schrieb: Als wir Deutschland zur Annahme des Ultimatum zwangen, befanden wir uns in der Lage des Rauberlehrlings in dem bestimmten deutschen Gebiet. Wir sprachen das Rauberwort und zur großen Erleichterung aller gehorchten die Geißel der Bergwerke, Wäden und großen Industriewerke dem Ruf. Jeder Pfuscher in Dingen der schwarzen Kunst weiß, daß die Geißel der Tiefe beschlachtet werden müssen, wollen sie nicht unermesslichen Schaden anrichten. Sollte man ihnen selbst die Herstellung von Seilen aus Sand auftragen? Und was wird mit uns geschehen, wenn die von uns gerufenen Geißel dieses Problem lösen können? Deutschland hat seine Schiffe, Kanonen und Patente verloren. Nicht verloren dagegen hat es seine ausdauernden, unermesslichen Gehirne noch seine grandiosen Schulmeister, denen Geld Nebenache ist. Es besitzt einen Ueberfluß an jungen Intelligenzen, die die harte Not zwingt, zu unfassbar billigen Preisen ihr Wissen dem Unternehmern zu verkaufen. Keiner ist noch menslichem Gemessen das Los der nächsten deutschen Generation. Die

stfn,
ogaphie
hina, für
bauerb.
st.
Angebot.
schritten
Vorfall.
hardt,
nähst
vabe 11.
nreich
schieden
22
er Seldel.
1.450 M.
45 M.
fen.
Tageblatt.
daler
ch
fen.
Hörste 5.
ebot
iritation
apfelstahl,
achseln,
erkzeuge,
Tragkraft
gelwe
mit ange-
Lauter,
Spindel-
imtlchen
gen und
la, alte
ittag 10
ner
gesucht.
a die Ge-
nden!
ettlich mit
llst. 228.